

Schreiben von Willy Brandt an Edward Heath (7. August 1973)

Legende: Vor dem Treffen der Außenminister der Neun am 10. und 11. September 1973 in Kopenhagen richtet der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt am 7. August ein Schreiben an den britischen Premierminister Edward Heath, in dem er die Notwendigkeit einer Einigung über das Wesen der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Vereinigten Staaten unterstreicht.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [VS-Bd. 14054 (Ministerbüro)].

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL: http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_willy_brandt_an_edward_heath_7_august_1973-de-f077ae2a-340e-4092-a3cb-b6c9cb6e9249.html

Publication date: 03/07/2013

Schreiben von Willy Brandt an Edward Heath (7. August 1973)

Geheim

7. August 1973

Sehr geehrter Herr Premierminister,

ich danke Ihnen sehr für Ihren Brief vom 3. August 1973, der mir mit zusätzlichen mündlichen Erläuterungen durch Botschafter Henderson übermittelt worden ist. Tags zuvor hatte Ihr Botschafter im Auswärtigen Amt darüber gesprochen, wie die Partner der Politischen Zusammenarbeit am zweckmäßigsten über die amerikanisch-britischen Gespräche in Washington sowie über meinen Briefwechsel mit Präsident Nixon unterrichtet werden könnten.

Nach unserer Auffassung sollte den anderen Partnern der Politischen Zusammenarbeit mitgeteilt werden, daß es nach vorliegenden amerikanischen Äußerungen unsicher sei, ob Präsident Nixon in diesem Jahr nach Europa komme. Außerdem seien die Amerikaner besorgt, daß die Zeit zwischen Mitte September und dem ursprünglich für November vorgesehenen Besuch nicht ausreiche, um eine substantielle atlantische Erklärung auszuarbeiten.

Ich analysiere die gegenwärtige Lage im großen und ganzen, wie Sie es in Ihrem Schreiben vom 3. August 1973 getan haben. Sie wird durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Auf der einen Seite die amerikanische Haltung, die durch schwere innenpolitische Probleme belastet zu sein scheint und einen bedeutenden Grad von Unsicherheit aufweist. Auf der anderen Seite die französische Haltung, die seit Jahren eine Einigung auf eine gemeinsame europäische Position in bezug auf das Verhältnis zu Amerika sowohl in der Prozedur wie vor allem in der Substanz nicht gerade erleichtert. Hinzu kommt, daß Professor Kissinger wohl eine Zeit lang gemeint hat, er könne den Inhalt einer feierlichen Erklärung über die europäisch-amerikanischen Beziehungen mit den europäischen Regierungen einzeln und getrennt aushandeln, was ihm natürlich mehr Manövrierfähigkeit gegeben hätte.

Wie Sie wissen, ist die Politische Zusammenarbeit der neun Gemeinschaftsländer immer noch ein empfindliches Instrument. Wenn es funktionieren soll, erfordert es viel Geduld und Rücksichtnahme, insbesondere auf die kleineren Länder. Es empfiehlt sich daher, bei der Vorbereitung des so wichtigen und schwierigen Dialogs mit den Vereinigten Staaten nichts zu unternehmen, was wie ein Alleingang oder eine Blockbildung der drei größeren Länder aussehen könnte. Dabei verschließe ich mich natürlich nicht der Einsicht, daß in entscheidenden Augenblicken Ihrem Land, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland aus verschiedenen Gründen eine besondere Verantwortung zuwachsen kann.

Nach alledem, was ich höre, sind die Amerikaner bereit, die Ergebnisse der Kopenhagener Außenministerkonferenz am 10. September abzuwarten, bevor sie irgendwelche Entscheidungen treffen. Dies bedeutet, daß dieses Außenministertreffen auch tatsächlich zu Ergebnissen führen muß.

Es wird also darauf ankommen, daß die neun europäischen Länder am 10. September einen brauchbaren Entwurf einer Erklärung - oder je einen Text zur Allianz und zum Verhältnis EG/USA - verabschieden, der dann der amerikanischen Regierung übermittelt werden kann. Den europäischen Regierungen muß bis dahin klarwerden, was auf dem Spiele steht, wenn sich die Außenminister erfolglos trennen würden. Dies gilt vor allem für die französische Regierung, die sich meines Wissens bisher nicht klar geäußert hat, wie sie sich zu den Grundfragen des europäisch-amerikanischen Verhältnisses stellt. Um auf der Außenministerkonferenz am 10. September zu einem positiven Erfolg zu gelangen, wird es einer gewissen Dramatisierung bedürfen, um rechtzeitig das Bewußtsein aller Verantwortlichen zu wecken. Ich bin grundsätzlich bereit, auch ein Treffen der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in Paris ins Auge zu fassen, wenn Präsident Pompidou dazu einlädt und die zunächst erforderlichen Vorgespräche und Klärungen mit Frankreich ein solches Treffen notwendig erscheinen lassen und wenn einigermaßen feststeht, daß es nicht ohne Erfolg enden würde. In einem solchen Fall müßten wir auch einen Weg finden, um die übrigen sechs Partner von der Notwendigkeit einer Vorklärung durch die Drei zu überzeugen. Nur im äußersten Notfall sollte man an eine kurzfristig einberufene Gipfelkonferenz der neun

Staats- und Regierungschefs denken. Eine derartige Konferenz würde das schon jetzt in Washington zum Ausdruck kommende Gefühl des Ausgeschlossenenseins verstärken. Negative amerikanische Reaktionen sind vor allem dann zu befürchten, wenn bis dahin noch nicht feststeht, ob die europäischen Staaten zu einer Art von Gipfeltreffen mit Präsident Nixon bereit sind.

Da wir feststellen müssen, daß eine Hauptschwierigkeit auf europäischer Seite in der französischen Haltung liegt, empfiehlt es sich zunächst, in Paris eine systematische Bestandsaufnahme auf hoher Beamtenebene mit dem französischen Außenminister durchzuführen. Ich würde zu diesem Zweck den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes möglichst bald zu einem ausführlichen Gespräch mit Herrn Jobert nach Paris entsenden. Ein analoges Gespräch durch einen Beauftragten Ihrerseits sollte etwa gleichzeitig, aber getrennt stattfinden.

Die Gesprächsführung unserer beiden Beauftragten wäre vorher unter ihnen abzustimmen.

Vom Ergebnis dieser ausführlichen und mit Ernst durchgeführten Sondierungen sollten wir dann das weitere Vorgehen abhängig machen. Ich bin der Auffassung, daß die allgemeine politische Entwicklung keinen Raum für Taktik und diplomatisches Poker mehr läßt, sondern daß ein Scheitern unserer Bemühungen uns mit schweren und tiefgreifenden Konsequenzen für die Einheit Europas und die Sicherheit unserer Länder konfrontieren würde. Auch die Stellung der Vereinigten Staaten würde davon nicht unberührt bleiben.

Ich würde es für richtig halten, die amerikanische Regierung von dem beabsichtigten Vorgehen zu unterrichten, damit sie sich davon überzeugen kann, daß die Zeit bis zum 10. September auf Seiten der europäischen Partner nichtuntätig verstreicht.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich zu diesem Gedankenaustausch äußern wollten. Wie Sie, Herr Premierminister, bin ich für jede zweckmäßige Methode offen. Ich schätze mich glücklich, mich mit Ihnen darin einig zu wissen, daß wir die Angelegenheit in unsere Hand nehmen sollten, um unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Brandt